

# FRAKTIONSINFO

## SPD IN DER BVV PANKOW

Wir wünschen eine  
schöne Sommerzeit und erholsame Ferien!

---

### Inhalt

Schuldner- und Insolvenzberatung der Caritas in Pankow	Seite 1
Dialog: Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung	Seite 2
35. BVV: Anträge der SPD-Fraktion	Seite 3
Pressemitteilung vom 11.06.10: Bezirksamt soll Leitbild entwickeln	Seite 5

---

### ***Schuldner- und Insolvenzberatung der Caritas in Pankow*** **Neue Aufgaben – steigende Fallzahlen**

Seit dem 1. Juli 2010 gilt bundesweit das neue Kontopfändungsrecht. Dadurch kommt auf Schuldnerberatungsstellen deutlich mehr Arbeit zu – auch im Bezirk Pankow: „Die Schuldner- und Insolvenzberatung des Caritasverbandes schätzt etwa sieben Ratsuchende mehr pro Tag. In Verbindung mit den ohnehin steigenden Fallzahlen und den knapper werdenden finanziellen Mitteln ist dies problematisch“, erklärt Doris Fiebig, die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion in der BVV Pankow.

Seit Herbst 2009 steigt die Zahl der Ratsuchenden bei der Schuldnerberatung 18 Monate nach dem Ausbrechen der Finanzkrise merklich an. „Diese Verzögerung entsteht, weil Betroffene bei dem Verlust des Arbeitsplatzes zunächst Reserven aufzehren, Lebensversicherungen aufkündigen oder Besitz verkaufen“, erläutert Doris Fiebig die Gründe. Neben plötzlicher Arbeitslosigkeit sind eine unwirtschaftliche Haushaltsführung, ein Unfall und Sucht- oder andere Erkrankungen die häufigsten Ursachen dafür. Die am stärksten betroffene Altersgruppe sind nach wie vor die 30- bis 50-Jährigen. „Jugendliche und junge Erwachsene bis 30 Jahre stellen 16,5 Prozent der Ratsuchenden im Vergleich zu 14,6 Prozent im Vorjahr. Damit bestätigt sich der Trend, dass immer mehr junge Menschen in die Schuldenfalle tappen“, so Fiebig weiter. Gerade deshalb sei auch die präventive Arbeit der Schuldnerberatungsstelle wichtig, denn die komme im Elternhaus und in der Schule häufig zu kurz. Doch da ihr in diesem Jahr weniger Mittel zur Verfügung stehen, kann sie diese wichtige Aufgabe nicht mehr leisten. Der Bezirk finanziert die Schuldner- und Insolvenzberatung des Caritasverbandes nur noch in Höhe der vom Senat zugewiesenen Summe, die die gesetzlich festgeschriebenen Anforderungen abdecken soll. Das neue Kontopfändungsrecht ist allerdings darin nicht berücksichtigt.

In Folge der gekürzten Zuwendung musste die Beratungsstelle trotz der steigenden Fallzahlen 2,5 Stellen abbauen. Dadurch fällt nicht nur die Präventionsarbeit weg, auch die Beratung bei Fällen

von Regelinsolvenz ist nicht mehr möglich. Wer einen Termin für eine Kurzberatung benötigt, braucht viel Geduld. Aktuell vertröstet die Beratungsstelle etwa 40 Menschen pro Woche auf später. Die längerfristigen begleitenden Beratungen stehen ausschließlich Leistungsempfängern von ALG II und Grundsicherung offen. „Selbst für jemanden, der hoch verschuldet ist, aber nur 900 Euro im Monat verdient, kann aktuell keine begleitende Beratung angeboten werden. Das ist nicht unbedingt Teil des für die Schuldnerberatung gesetzlich festgeschriebenen Aufgabenbereichs. Hätte die Schuldnerberatung mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und könnte die aktuelle Wartezeit von sechs Monaten unterschritten werden, könnten auch diese Betroffenen Rat und Hilfe finden“, so Fiebig. Verschuldete Menschen haben sonst kaum die Möglichkeit, eine kostenlose Beratung in Anspruch zu nehmen. Oftmals bleibt nur der Gang zum Rechtsanwalt. Fiebig: „Dabei bleibt der Lerneffekt aber häufig auf der Strecke. Zwar erledigt der Rechtsanwalt alles für die Betroffenen. Gerade bei Eigenverschulden ist es aber wichtig, dass sie sich mit ihrer Situation auseinandersetzen. Das kann nur die Schuldnerberatung leisten.“ Die Situation könnte sich durch das Auslaufen der Mietpreisbindung noch verschärfen, wenn Betroffene dadurch zusätzlich Mietschulden anhäufen.

Die Schuldner- und Insolvenzberatung des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e.V. bietet seit 20 Jahren in Pankow professionelle und kostenlose Hilfe für verschuldete Menschen in Form von Kurz- oder Langzeitberatungen. Die einmaligen Kurzberatungen finden direkt in der Zentrale in der Schönhauser Allee 141 oder im Job-Center Pankow (Storkower Straße 133) statt, die Termine werden jeden Montag für die folgende Woche kurzfristig vergeben. Für die längerfristige begleitende Beratung beträgt die Wartezeit aktuell etwa sechs Monate. Neben der reinen Schuldnerberatung wird auch Beratung und Begleitung bei Insolvenz angeboten. Nach dem neu geltenden Kontopfändungsrecht kann die Beratungsstelle auch die nötigen Bescheinigungen für den Selbstbehalt der Betroffenen ausstellen. Wie dies in der aktuellen Situation bewerkstelligt werden kann, ist derzeit noch unklar.

*Jonas Knorr/Sabine Röhrbein*

### **Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung**

#### **Wie können wir Teilhabe für alle ermöglichen?**

Die umfassende Teilhabe aller, ein erfülltes Leben in Freiheit und Selbstbestimmung, eine neue Kultur des Miteinanders in einer Gesellschaft, in der Menschen füreinander eintreten. Diese Vision von einer guten Gesellschaft kann nur Realität werden, wenn sich die Politik neu definiert und integrativ wirkt, also die Erfahrungen aller Engagierten einbindet und für die eigentlichen Bedürfnisse sensibel ist, die die Menschen an sie herantragen. Wie dies gelingen könnte, stand im Mittelpunkt der Veranstaltung „Aktive Bürgerschaft: Fluch oder Segen für den Bezirk?“ am 18. Juni 2010. Rund 20 Teilnehmerinnen waren der Einladung der SPD-Fraktion gefolgt, um zu diskutieren, wie im Interesse aller Beteiligten die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft verbessert werden kann.

Doch was meint eigentlich „Partizipation“ oder „Teilhabe? Schnell wurde deutlich, dass es sich dabei um einen interaktiven Prozess von verschiedenen gleichberechtigten Akteurinnen und Akteuren handelt, die an Entscheidungen und auch an deren Umsetzung beteiligt sind. Bei den verschiedenen denkbaren Formen der Bürgerbeteiligung geht es im Kern immer um Mitbestimmung und Mitwirkung. Wenn beide Elemente optimal gelingen, kommt es zu einem breiten Konsens aller Beteiligten mit verbindlichen Vereinbarungen, so dass die Ergebnisse des interaktiven Prozesses tatsächlich umsetzbar und langfristig tragfähig sind. Was dabei entsteht – sei es ein Spielplatz oder ein neugestalteter öffentlicher Platz –, trägt zur Identifikation der Anwohnerinnen und Anwohner mit ihrem Kiez bei und stärkt das Gemeinwesen. Wichtig ist allerdings, auf die Vielfalt der Menschen, ihr Geschlecht, ihr Alter, ihre soziale Herkunft und ihren kulturellen Hintergrund einzugehen und ihre unterschiedlichen Bedürfnisse zum Beispiel bei der Gestaltung des Stadtraums zu integrieren. Solche Prozesse müssen daher immer auch Menschen eine Stimme

verleihen, die sich selbst nur schlecht artikulieren können. Dabei kann es zu Konflikten kommen, denn während sich zivilgesellschaftliches Engagement und Initiativen oft nur um ganz spezifische Anliegen gruppieren und vorübergehenden Charakter haben, arbeitet die Politik Allgemeininteressen heraus, da sie verschiedene gesellschaftliche Schichten vereint.

Eine Frage, die die Gesprächsrunde beschäftigte, war dann auch, wie gesellschaftliche Minderheiten in Entscheidungsprozesse eingebunden werden können: Was eigentlich sind Bürgerinteressen und wer formuliert sie? Weitere kritische Anmerkungen betrafen den Politikverdruß der Menschen, der aber eigentlich eine „Parteienverdrossenheit“ sei, die manchmal fehlende Kooperationsbereitschaft der Verwaltung und die als noch unzureichend erlebten Instrumente der Bürgerbeteiligung. Dabei trugen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Reihe von Wünschen an die Bezirkspolitik heran. Für viele ist zum Beispiel Transparenz bei den Zuständigkeiten im Bezirksamt wichtig, damit sich ehrenamtlich Engagierte in Bürgervereinen und -initiativen nicht erst durchfragen müssen, bis sie die richtige Ansprechperson gefunden haben. Die Verwaltung ist für die Bürgerinnen und Bürger da – hierin war sich die Runde einig. Sie war sich auch einig darin, dass Bürgerbeteiligung ein Thema ist, bei dem die Parteien gemeinsam an einem Strang ziehen sollten und die Partizipation möglichst vieler Pankowerinnen und Pankower nötig ist, um den Bezirk weiter lebenswert zu gestalten.

*Sabine Röhrbein*

### ***BVV-Sitzung am 07. Juli 2010*** **Anträge der SPD-Fraktion**

Zur Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) am 7. Juli 2010 wird die SPD-Fraktion sieben Anträge einreichen: Für Verkehrsberuhigung und Straßenbäume im Eschengraben (VI-1121), zur Realisierung einer generationsübergreifenden Freizeiteinrichtung in der Pasteurstraße (VI-1124), zur Stärkung der Präventionsarbeit gegen Wohnungslosigkeit (VI-1130) und für sozialverträgliche Sanierungen und Modernisierungen im Bezirk Pankow (VI-1125) sowie für den Schutz von Bestandsmietern am Wasserturmplatz (VI-1128), in Pankow Süd/Kissingenviertel (VI-1126) und im Paracelsusviertel (VI-1127).

#### **Verkehrsberuhigung und Straßenbäume im Eschengraben**

Im Eschengraben im Ortsteil Pankow-Süd werden derzeit sieben Mehrfamilienhäuser durch fünf Baugemeinschaften errichtet, so dass dort im kommenden Jahr 90 Familien mit rund 150 Kindern einziehen. Die SPD-Fraktion in der BVV Pankow setzt sich daher im Interesse der Verkehrssicherheit für eine Verlängerung des Gehwegs auf der Südseite des Eschengrabens bis zur Berliner Straße ein. Dabei soll auch geprüft werden, ob zwischen Berliner und Trelleborger Straße Bäume gepflanzt werden können. Im Kreuzungsbereich Eschengraben/Trelleborger Straße soll das Bezirksamt darüber hinaus prüfen, durch welche Maßnahmen auch dort die Verkehrssicherheit erhöht werden kann. Die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner haben bereits ihre Bereitschaft signalisiert, sich mit Eigenleistungen an den Umgestaltungen im Eschengraben zu beteiligen. Daher sieht der Antrag ebenfalls vor, sie in die Planung und konkrete Gestaltung mit einzubeziehen. Gleichzeitig unterstützt die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag die Anliegen von Baugruppen, die unseren familienfreundlichen Bezirk bereichern.

#### **Generationsübergreifende Freizeiteinrichtung in der Pasteurstraße**

Das geplante und bisher ausschließlich als Jugendfreizeitstätte konzipierte Vorhaben im Sanierungsgebiet Bötzowviertel, Pasteurstraße 22 sollte aus Sicht der SPD-Fraktion als generationsübergreifende Freizeiteinrichtung realisiert werden. Das Sanierungsgebiet hat sich ebenso wie das angrenzende Quartier „Grüne Stadt“ zu einem beliebten Wohngebiet für Familien mit Kindern entwickelt. Dazu heißt es in der Antragsbegründung: „In diesem Gebiet gibt es bei steigenden Bedarfen eine Unterversorgung an Freizeitangeboten, nicht nur für Kinder und Jugendliche,

sondern auch für Familien und Senioren. Die Realisierung einer attraktiven generationsübergreifenden Freizeiteinrichtung für alle Altersgruppen wird von der Bevölkerung eher angenommen werden, als eine Freizeiteinrichtung mit einer Beschränkung auf eine bestimmte Nutzergruppe.“ Außerdem könnten Nutzungskonflikte vermieden und die Angebote variabel gestaltet werden, wenn eine solche Freizeiteinrichtung von Anfang an generationsübergreifend konzipiert sei.

### **Wohnungslosigkeit – Prävention stärken**

Im Rahmen der Beratung zum Thema „Wohnungslosigkeit“ wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Arbeit und Soziales die Kooperation zwischen freien Trägern und Wohnungsbaugesellschaften als erfolgversprechende präventive Maßnahme zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit vorgestellt. Gegenstand solcher Kooperationen ist es, frühzeitig mit betroffenen Mieterinnen und Mietern ins Gespräch zu kommen, um eine Räumungsklage zu verhindern. So können im Fall von Mietschulden zum Beispiel Zahlungsvereinbarungen getroffen und verschiedene Hilfeangebote in Anspruch genommen werden. Vor diesem Hintergrund macht sich die SPD mit diesem Antrag dafür stark, dass das Bezirksamt entsprechende Kooperationsvereinbarungen zwischen den im Bezirk ansässigen Wohnungsbaugesellschaften und geeigneten freien Trägern vermittelt. Als Vorbild kann die Kooperationsvereinbarung zwischen der gemeinnützigen Gesellschaft zur Betreuung Wohnungsloser und sozial Schwacher (Gebewo) und der GESOBAU gelten.

### **Sozialverträgliche Sanierungen und Modernisierungen sicherstellen**

Dieser Antrag der SPD-Fraktion sieht vor, dass das Bezirksamt bei Sanierungs- und Modernisierungsvorhaben in Wohnanlagen, Wohnblöcken oder ganzen Vierteln künftig von sich aus aktiv wird, um den Schutz der Mieterinnen und Mieter sicherzustellen. Dazu gehört unter anderem, dass modernisierungsbedingte Umlagen so begrenzt werden, dass die Mieten bezahlbar bleiben. Auch nach den baulichen Maßnahmen sollen dabei die Mietspiegelwerte eingehalten werden.

Zur Vermeidung von sozialen Härten kann es notwendig sein, Mieterhöhungen zu begrenzen oder zu kappen, damit die Bewohnerinnen und Bewohner in ihren Wohnungen bleiben können. Für die Dauer der Baumaßnahmen sollen außerdem Ausweichwohnungen bereitgestellt werden. Am Ende soll es aber jeder Mietpartei möglich sein, in ihre Wohnung zurückzukehren. Die Einzelheiten sollen jeweils in einem Gebietssozialplan festgelegt werden, der auch die finanziellen Möglichkeiten der Mieterinnen und Mieter berücksichtigt. Ein solcher Sozialplan solle im Vorfeld durch eine eigentümerunabhängige Mieterberatung erstellt werden.

Die Zielsetzung, die soziale Verträglichkeit von Sanierungen und Modernisierungen sicherzustellen, soll auch auf bereits geplante Maßnahmen angewendet werden. Das Bezirksamt soll daher prüfen, ob bestehende Vorhaben dem widersprechen. Sollte dies zutreffen, soll für das betroffene Gebiet eine so genannte Umstrukturierungssatzung erlassen werden. Diese Satzung erlaubt dem Bezirksamt laut Baugesetzbuch (BauGB), für Bauvorhaben eine Genehmigungspflicht festzustellen. Die entsprechenden Vorhaben können dann erst nach Genehmigung durch das Bezirksamt umgesetzt werden.

Die Antragsbegründung erläutert diese Forderung der SPD: „Neben den zahlreichen Nachverdichtungen in den bereits stark verdichteten Stadtquartieren, z.B. durch Bebauung von Baulücken oder Neuerrichtung von Quer- oder Seitengebäuden, findet in vielen Quartieren eine verstärkte Sanierungs- und Modernisierungstätigkeit statt. Dabei ist festzustellen, dass gerade auch in den zuvor weniger beachteten Quartieren Modernisierungen durchgeführt werden. Diese Entwicklung ist einerseits zu begrüßen, führt aber andererseits dazu, dass Teile der bisherigen Bewohner aufgrund ihrer eingeschränkten finanziellen Möglichkeiten nach der Modernisierung nicht in ihren Wohnungen verbleiben können, da sie die höheren Mieten nicht bezahlen können.“ Mit den von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen Maßnahmen soll dem im gesamten Bezirk entgegengewirkt werden.

**Für den Schutz von Bestandsmietern**

Mit drei Anträgen setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, dass für die Gebiete Pankow Süd/Kissingenviertel, Paracelsusviertel und am Wasserturmplatz (Wohnblöcke Belforter Straße 5-8, Metzger Straße 35-37 und Straßburger Straße 33-36) jeweils eine so genannte Umstrukturierungssatzung festgesetzt wird. In allen drei Gebieten ist laut Antragsbegründungen „von einer stark erhöhten Sanierungs- und Modernisierungstätigkeit in den nächsten Jahren auszugehen“. Teilweise gibt es schon bestehende Vorhaben: So besteht aktuell für die Wohnblöcke am Wasserturmplatz dringender Handlungsbedarf, weil die Bewohnerinnen und Bewohner durch Modernisierung und Nachverdichtung fürchten, ihre Wohnung zu verlieren. Um die Verdrängung der Bestandsmieter beispielsweise durch starke Mieterhöhungen weitgehend zu verhindern, soll außerdem ein Sozialplan für die Gebiete erstellt werden. Das Gebiet Pankow Süd/Kissingenviertel ist durch die Berliner und Granitzstraße, die Prenzlauer Promenade, Arnold-Zweig-Straße (zwischen Neumannstraße und Prenzlauer Promenade), Neumanstraße (zwischen Arnold-Zweig-Straße und Eschengraben) und Eschengraben begrenzt, das Paracelsusviertel umfasst das Gebiet zwischen Amalien-, Wolfshagener, Achtermann- und Damerowstraße.

***Pressemitteilung vom 11.06.2010*****Bezirksamt soll Leitbild entwickeln**

Für das Gebiet zwischen Berliner Allee, See-, Park- und Albertinenstraße in Weißensee soll ein Entwicklungskonzept erstellt werden. Das jedenfalls sieht ein Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow auf Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP vom 9. Juni vor. Das vom Bezirksamt zu erarbeitende Konzept soll vorhandene Nutzungen und Leerstände sowie Baupotenziale erfassen. Ebenso sollen öffentliche Interessen, wie zum Beispiel an Grünflächen beschrieben werden. Darauf aufbauend soll in einem zweiten Schritt ein Leitbild für die Entwicklung des Areals entworfen werden. Der Beschluss basiert auf einer Initiative der SPD-Fraktion: „Bei dem Leitbild kommt es darauf an, See und Park in den Mittelpunkt zu rücken, ohne die vorhandenen leerstehenden Gebäude aus dem Blick zu verlieren“, erläutert Klaus Mindrup, Stadtentwicklungsexperte in der SPD-Fraktion. „Das Leitbild soll mit den Bürgerinnen und Bürgern in Weißensee sowie den Gremien der BVV diskutiert werden. Schließlich muss das Gesamtkonzept in Übereinstimmung mit bereits begonnenen Maßnahmen umgesetzt werden. Dem Areal rund um den Weißen See soll endlich die für die Entwicklung des Bezirks notwendige Bedeutung zukommen.“

**Das nächste FraktionsInfo erscheint zur 36. BVV-Sitzung, die am 15. September 2010 stattfindet, und kann unter [www.spd-fraktion-pankow.de](http://www.spd-fraktion-pankow.de) herunter geladen werden.**